

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Abonnementpreise (für den Monat frei Haus) 1 RM. (halbjährlich 5 RM.) durch die Post bezogen monatlich 0,20 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlags: „Arbeiterstimme“, Dresden-L. / Geschäftsstelle und Expedition: Altonaerstraße 2 / Fernsprech-Gamminummer 14191 / Postfachkonto Dresden Nr. 13558, Emil Schlegel, Altonaerstraße 2, Altonaer Postamt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme“ Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Donnerstags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreise: Die normal preiswerte Nonpareilzeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Anzeigenzeile einschließlich an den dreierhändigen Zeitenteil 1,25 RM. Anzeigen-Zunahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-L., Altonaerstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen besonderer Gewalt behält sich Anweisung auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückhaltung des Druckapparates

2. Jahrgang Sonnabend, den 20. November 1926 Nummer 259

An die werktätige Bevölkerung Sachsens!

Geiern fand in Leipzig eine Sitzung des Landesvorstandes der KPD und eines Trleses der Landtagsabgeordneten statt. Die Sitzung befahte sich mit der Regierungsbildung und der Politik in Sachsen. Nach eingehender Aussprache wurde nachfolgend von uns abgedruckter Aufruf an die werktätige Bevölkerung Sachsens, in dem die Stellung der KPD zu den Aufgaben in Sachsen festgelegt ist, einstimmig angenommen.

Der kommunistische Wahlerfolg, die katastrophale Niederlage der bisherigen Koalitionsregierung und der hinter die Lehenden Parteien hat den Sturz der Heide-Regierung herbeigeführt. Nach die Verjuche, mit den bisherigen Koalitionsparteien, von Unsozialisten bis Volkspartei, unter Einbeziehung der Deutschnationalen eine Bürgerblockregierung aufzurichten, sind gescheitert.

Die werktätigen Massen in Stadt und Land, Arbeiter, Lehrende wie Betriebsarbeiter aber sind nach dem Zusammenbruch der Koalitionsregierung voll neuer Erwartungen und Hoffnungen.

Die kommunistische Partei hat als erste, schon vor Eröffnung des Wahlkampfes, zur Regierungsfrage in aller Offenheit Stellung genommen.

Sie bleibt bei ihren Erklärungen zur sozialdemokratischen Minderheitsregierung.

Die linkssozialdemokratischen Führer werden angesichts der bestehenden Massen vor die unmittelbare Notwendigkeit gestellt, entweder die Tagesforderungen des Proletariats zu erfüllen, oder sie — wie immer in der Vergangenheit — auf sich zu treten.

Die KPD kann sich auf Grund der bisherigen Erfahrungen nicht auf eine Unterstützung einer kapitalistischen Minderheitsregierung festlegen. Sie wird ihre Bestehen der Regierung gegenüber jeweils und in jeder Situation von den Handlungen der Regierung abhängig machen. Ausschlaggebend für die Kommunisten sind nicht parlamentarische Kombinationen.

loadern die Interessen der werktätigen Massen.

Die KPD wird vom ersten Augenblick an die Durchführung der Mindestforderungen des Proletariats verlangen. Die von uns bei Beginn des Wahlkampfes formulierten aktuellen Tagesforderungen des Proletariats lauten:

Stellung des Einkommenssystems und des Selbstbestimmungsrechtes der Gemeinden.

Schutz mit der Schul- und Kulturpolitik der Koalition
in der Pfaffen und Kluden von ausschlaggebender Bedeutung sind, in der die Unversität des Staates der Reaktion sind, die Volksschulen aber in jeder Beziehung zurückgelassen werden. Trennung von Kirche und Staat auf allen Gebieten. Einführung der obligatorischen Schulpflichtung.

Für die Inflationsoffer und Sozialrentner
Erhöhung der Rentenwäge, der Unterhaltungen und Beihilfen. Höhere Kulturnahrung für die Kleinen, Sparspar, Belondere Fürsorgemaßnahmen für das Alter und für Volkswalder.

Unterstützung des werktätigen Bauerniums
Steuerermäßigungen und finanzielle Kredithilfe, sowie Ertrag für alle Ernte- und Hochwasserhänden.

Für die unteren und mittleren Beamten
Gegen den Beamtenabbau: Entschlung der unteren Beamten mindestens in Gehaltsstufe V. Sicherung des Koalitionsrechtes, Erweiterung der Rechte der Beamten, Ausschüsse, Aufhebung der Entlohnung.

vorausgesetzt. Das ist die Politik, gegen die auch der angeführte Ministerpräsident Fleißner für die Koalition im Reich nicht den geringsten Widerstand mehr leistet. Das ist der Weg, den die SPD-Kredner in großer Zahl schon im Wahlkampf als Fleißner-Beispiel bezeichneten. Das ist der Weg, der möglich, noch bevor eine Minderheitsregierung überhaupt zustande gekommen ist, in der „Sächsischen Gewerkschaftszeitung“ durch einen führenden Politiker der SPD als notwendig dargestellt wird.

Arbeiter, Werktätige Sachsens!

Die kommunistische Partei sagt euch klar und unzweideutig:

Ohne eigenes, rücksichtsloses Auftreten der Massen kann nicht die geringste Minderung der politischen und sozialen Verhältnisse im Interesse des Proletariats erreicht werden.

Der ernsthafteste Versuch, die proletarischen Forderungen durchzusetzen, wird auf den entschiedenen Widerstand der Bourgeoisie, der bürgerlich-sozialistischen Mehrheit des Landtages und der von der SPD gestützten Marx-Regierung im Reich stoßen.

Es besteht in diese Forderungen sind, so bedeutet ihre Durchführung doch einen Angriff auf das kapitalistische System, auf die kapitalistische Ausbeutung und die Ausbeuterrepublik. Es sind die brennenden Tagesforderungen, die überall von der Arbeiterklasse aufgegriffen und vertreten werden müssen.

Arbeiter, Werktätige Sachsens!

Der ernsthafteste Versuch, die proletarischen Forderungen durchzusetzen, wird auf den entschiedenen Widerstand der Bourgeoisie, der bürgerlich-sozialistischen Mehrheit des Landtages und der von der SPD gestützten Marx-Regierung im Reich stoßen.

Die KPD kann sich auf Grund der bisherigen Erfahrungen nicht auf eine Unterstützung einer kapitalistischen Minderheitsregierung festlegen. Sie wird ihre Bestehen der Regierung gegenüber jeweils und in jeder Situation von den Handlungen der Regierung abhängig machen. Ausschlaggebend für die Kommunisten sind nicht parlamentarische Kombinationen.

Die KPD hat ein Arbeitsprogramm aufgestellt, das die Grundlage einer SPD-Minderheitsregierung bilden soll. Die SPD verzögert absichtlich, den Weg zu zeigen, wie diese Forderungen oder auch nur ein Teil in absehbarer Zeit durchgesetzt werden könnten. Ja, sie schränkt sie so von vornherein noch ein durch Bezug auf Reichsgesetze und Verfassung. Selbst die unzulänglichen Vorläufe des Arbeitsprogramms werden ohne Massenbewegungen unter Aktivierung insbesondere der Betriebe und Gewerkschaften nicht durchgesetzt werden.

Das Gemeinbewahrschaft hat in aller Klarheit den weiteren Kurs nach links, die weitere Stärkung der kommunistischen Positionen erwiehen, so daß nach diesem Resultat schon die jetzigen Mehrheitsverhältnisse des Landtages nicht mehr den tatsächlichen Anschauungen der Bevölkerung entsprechen.

Kampf gegen das Wohnungsleiden
Durchführung eines proletarischen Wohnbauprogramms in Verbindung mit Gewerkschaften, Genossenschaften und proletarischen Mieterorganisationen; Ban von Arbeiterwohnungen, Beschlagnahme der leerstehenden Villen und der großen Wohnungen.

Indem die SPD diese Hauptfrage verschweigt und den Eindruck erweckt, als glaube sie wirklich an die parlamentarische Durchführung der von ihr aufgestellten Forderungen, begeht sie eine erneute schwere Verletzung der werktätigen Bevölkerung.

Das Gemeinbewahrschaft hat in aller Klarheit den weiteren Kurs nach links, die weitere Stärkung der kommunistischen Positionen erwiehen, so daß nach diesem Resultat schon die jetzigen Mehrheitsverhältnisse des Landtages nicht mehr den tatsächlichen Anschauungen der Bevölkerung entsprechen.

Gegen den Steuerraub
Aufhebung der Mietssteuer, Freilassung der Klein- und Gewerbesteuer, aber verstärkte Belastung des Besitzes und der großen Kapitalverträge. Abschaffung der Gemeinbewahrschliche, Kampf um Erhöhung der Länder- und Gemeinbewahrschliche an den Steuereinnahmen des Reiches.

Die KPD hat ein Arbeitsprogramm aufgestellt, das die Grundlage einer SPD-Minderheitsregierung bilden soll. Die SPD verzögert absichtlich, den Weg zu zeigen, wie diese Forderungen oder auch nur ein Teil in absehbarer Zeit durchgesetzt werden könnten. Ja, sie schränkt sie so von vornherein noch ein durch Bezug auf Reichsgesetze und Verfassung. Selbst die unzulänglichen Vorläufe des Arbeitsprogramms werden ohne Massenbewegungen unter Aktivierung insbesondere der Betriebe und Gewerkschaften nicht durchgesetzt werden.

Der nächste Schritt in der Formierung zur roten Klassenfront ist der Kongreß der Werktätigen, der Anfang Dezember in Berlin zusammentritt.

Abkündigung der Folgen der Reichswehrreform
Sofortige Entlassung aller von der Reichswehrreform und der Heide-Regierung eingeleiteten Beamten und Beamtinnen, Aufhebung aller Beschränkungen, Justiz und Verwaltungsstellen, Bekämpfung der Opfer der Reichswehrreform.

Die KPD hat ein Arbeitsprogramm aufgestellt, das die Grundlage einer SPD-Minderheitsregierung bilden soll. Die SPD verzögert absichtlich, den Weg zu zeigen, wie diese Forderungen oder auch nur ein Teil in absehbarer Zeit durchgesetzt werden könnten. Ja, sie schränkt sie so von vornherein noch ein durch Bezug auf Reichsgesetze und Verfassung. Selbst die unzulänglichen Vorläufe des Arbeitsprogramms werden ohne Massenbewegungen unter Aktivierung insbesondere der Betriebe und Gewerkschaften nicht durchgesetzt werden.

Der nächste Schritt in der Formierung zur roten Klassenfront ist der Kongreß der Werktätigen, der Anfang Dezember in Berlin zusammentritt.

Kampf gegen Klassenjustiz und monarchistische Reaktion
Anträge für politische und aus Not begangene Verbrechen und solcher gegen die §§ 43, 218, 19 des StGB, Beteiligung aller Staatsanwälte und Richter, die bei Prozessen die monarchistische Konterrevolution unterstützen. — Verbot aller bürgerlichen Kleinliberalen-Schergenorganisationen, Auflösung und Entwertung aller faschistischen Organisationen, Aburteilung ihrer Führer.

Die KPD hat ein Arbeitsprogramm aufgestellt, das die Grundlage einer SPD-Minderheitsregierung bilden soll. Die SPD verzögert absichtlich, den Weg zu zeigen, wie diese Forderungen oder auch nur ein Teil in absehbarer Zeit durchgesetzt werden könnten. Ja, sie schränkt sie so von vornherein noch ein durch Bezug auf Reichsgesetze und Verfassung. Selbst die unzulänglichen Vorläufe des Arbeitsprogramms werden ohne Massenbewegungen unter Aktivierung insbesondere der Betriebe und Gewerkschaften nicht durchgesetzt werden.

Der nächste Schritt in der Formierung zur roten Klassenfront ist der Kongreß der Werktätigen, der Anfang Dezember in Berlin zusammentritt.

Abkündigung der Folgen der Reichswehrreform
Sofortige Entlassung aller von der Reichswehrreform und der Heide-Regierung eingeleiteten Beamten und Beamtinnen, Aufhebung aller Beschränkungen, Justiz und Verwaltungsstellen, Bekämpfung der Opfer der Reichswehrreform.

Die KPD hat ein Arbeitsprogramm aufgestellt, das die Grundlage einer SPD-Minderheitsregierung bilden soll. Die SPD verzögert absichtlich, den Weg zu zeigen, wie diese Forderungen oder auch nur ein Teil in absehbarer Zeit durchgesetzt werden könnten. Ja, sie schränkt sie so von vornherein noch ein durch Bezug auf Reichsgesetze und Verfassung. Selbst die unzulänglichen Vorläufe des Arbeitsprogramms werden ohne Massenbewegungen unter Aktivierung insbesondere der Betriebe und Gewerkschaften nicht durchgesetzt werden.

Der nächste Schritt in der Formierung zur roten Klassenfront ist der Kongreß der Werktätigen, der Anfang Dezember in Berlin zusammentritt.

Landesvorstand Sachsen der Kommunistischen Partei Deutschlands

19. November 1926.

unten
theater
nächte
mit Montag
programm
egri
rlicher
an
Nächte
Frauen
Belly Compton
1/2 Uhr
4 Uhr
mit
ther
itel
95
125
95
95
150
75
95
95
150
75
95
150
75